

Kurt Bohr *Verdrängen, Umgehen, Vertagen*



Kurt Bohr

# Verdrängen, Umgehen, Vertagen

*Wie die politische Klasse versagt*

Conte Politik 1

**CONTE**  
**VERLAG**

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek  
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-936950-76-2

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Dies gilt  
insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen  
und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

© Kurt Bohr

© CONTE Verlag, 2008

Am Ludwigsberg 80-84

66113 Saarbrücken

Tel: (06 81) 416 24-28

Fax: (06 81) 416 24-44

E-Mail: [info@conte-verlag.de](mailto:info@conte-verlag.de)

Verlagsinformationen im Internet unter [www.conte-verlag.de](http://www.conte-verlag.de)

Umschlag und Satz: Markus Dawo

Lektorat: Stefan Lauer

Druck und Bindung: PRISMA Verlagsdruckerei GmbH, Saarbrücken

## Einführung

In Krisen- wie in Wahlkampfzeiten hat die Politik Hochkonjunktur. Die Spitzenleute von Regierung und Opposition geben sich volksnah und wetteifern in öffentlichen Schauläufen um die Gunst des Publikums, der Wählerinnen und Wähler. Sie wollen deren Zustimmung an den Wahlurnen. Die Parteien mühen sich nach Kräften um Profilierung. Sie überbieten sich geradezu mit Versprechungen und Ankündigungen künftiger Wohltaten. Und alle, alle sorgen sie sich um das Gemeinwohl, sie wollen einfach nur das Beste.

Zur Show, die von allen Medien vielfältig und ideenreich gefördert wird, gehört auch, dass die Opposition der Regierung Versagen auf der ganzen Linie vorwirft und dass die Regierung vor der Unfähigkeit und Ideenlosigkeit ihrer politischen Gegner warnt. Wie die seit Jahren tendenziell sinkende Wahlbeteiligung zeigt, ist das Volk jedoch nur mäßig interessiert. Die faden Wahlbroschüren, Prospekte und Flugblätter werden den Hilfstuppen an den Wahlständen oder bei Kundgebungen nicht gerade aus den Händen gerissen, die obligaten Schreibwerkzeuge und sonstige kleine Aufmerksamkeiten werden häufig gar mit der Bemerkung zurück gewiesen, das Geld könne man doch sinnvoller ausgeben. Wie wahr!

Allenfalls die als Showdown inszenierten Fernsehduelle der Spitzenkandidaten ziehen noch einigermaßen, aber vielleicht eher als Infotainment, denn als ernsthafte Informationsveranstaltung.

Und die Wahlversprechen werden nach der Regierungsübernahme, insbesondere nach Regierungswechseln, nach nüchterner Analyse der »realen politischen Lage« vielfach relativiert, hintangestellt oder gar gebrochen.

Aber viel schlimmer und ärger ist, dass die gravierenden Probleme nur zögerlich und halbherzig angegangen, geschweige denn überzeugende Lösungen für die Zukunft erarbeitet werden: Beschönigen, ausklammern, lavieren, herumdoktern! Es ist schon erstaunlich, wie wenig sich die Menschen im Laufe der Jahre, der Jahrhunderte, ändern, wie sehr sie ihren Verhaltensmustern verhaftet bleiben, im Guten wie im Bösen. Die Gesetze des Staates und die Normen der Kirchen, so sehr man auch auf ihre Beachtung und Durchsetzung drängte, haben daran nichts geändert.

Trägheit und Verdrängung prägen die Politik der letzten 25 Jahre. Die Staatsverschuldung ist in astronomische Höhen gewachsen, die Bürokratie wuchert und die Normenflut schwillt weiter an. Gleichzeitig wurden die Zukunftspotenziale von Bildung und Innovation sträflich vernachlässigt und die tiefgreifende demographische Veränderung unserer Gesellschaft verschlafen, während sich das Gesundheitssystem aufblähte und hohe Lohnnebenkosten die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft beeinträchtigen. Kein Wunder, dass das Volk zornig wird und der Politik immer weniger zutraut.

Die westliche Konsumgesellschaft lebt weitgehend in Wohlstand, während in der dritten Welt immer mehr Menschen ins Elend geraten und Millionen Menschen Hunger leiden oder in Kriegen zu Grunde gehen. Derweil gönnen sich manche Spitzenmanager Jahresgehälter in mehrfacher Millionenhöhe. Um den kurzfristigen Erfolg der Aktien zu stützen, scheuen sie sich nicht, hunderte, bisweilen gar tausende von Beschäftigten zu entlassen.

Ganz allgemein ist ein erheblicher Verfall von Ethik und Moral zu beklagen; Untreue und Korruption verbreiten sich wie ein Krebsgeschwür in unserer Gesellschaft. Selbst der Justiz gelingt es nicht mehr überzeugend, dieser Entwicklung maßregelnd und strafend Einhalt zu gebieten.

Ein besonders übles Krebsgeschwür bedroht unsere Gesellschaft in ihren Grundfesten. Es ist die Massenarbeitslosigkeit, die Menschen in Verzweiflung stürzt und ihre Würde verletzt. Was sollte sich ändern und was muss geschehen, um unseren Staat und unsere Gesellschaft möglichst effizient, aber auch sozial gerecht zu gestalten?

Abgesehen von Megathemen wie dem globalen Kollaps eines hasardierenden Finanzwesens oder der planetaren Bedrohung durch die wachsende Klimakatastrophe sollen in den nachfolgenden Kapiteln zahlreiche Fehlentwicklungen und Versäumnisse in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unseres Landes unter die Lupe und aufs Korn genommen werden, nicht so sehr im wissenschaftlich abgewogenen Duktus, sondern eher in polemischer Form. Es geht darum, den politischen Diskurs kritisch und akzentuiert voran zu bringen.



# 1. Kapitel

## Staatsverschuldung

»Das hohe strukturelle Defizit des Staatshaushalts und der Schuldendienst begrenzen die Handlungsfähigkeit des Staates. Um Deutschlands öffentliche Finanzen auf eine solide Basis zu stellen, sind die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden in einer gemeinsamen Anstrengung zu konsolidieren. [...] Die Regeln des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts werden eingehalten, die daraus erwachsenden Konsolidierungsfolgen für die Staatsfinanzen respektiert. Das bedeutet erstens die Einhaltung der 3-Prozent-Defizitgrenze des Paktes spätestens im Jahr 2007. Wir werden zweitens in den Folgejahren die Konsolidierung fortsetzen und erwarten auch von Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen mittelfristig Anstrengungen mit dem Ziel eines ausgeglichenen Gesamtstaatshaushalts. Die Große Koalition hat mit ihren sicheren Mehrheiten die einmalige Chance, dieses vorrangige Ziel auch durchzusetzen.«

Dieses Zitat aus dem Koalitionsvertrag der Großen Koalition vom 11. November 2005 macht deutlich, dass die Haushaltskonsolidierung einen hohen Stellenwert für die neue Bundesregierung hat.

Das ist nicht verwunderlich, zumal nach der deutschen Wiedervereinigung die Kreditaufnahme stark angeschwollen ist.

Mit einem Gesamtschuldenstand von mehr als 1,5 Billionen Euro ist ein problematisches Rekordniveau erreicht worden.

Die katastrophalen wirtschaftlichen Konsequenzen zweier verlorener Weltkriege und die maßlosen Staatsausgaben führten im letzten Jahrhundert jeweils zu Hyperinflation und zum totalen Zusammenbruch des Währungssystems. Die Geldanlagen waren praktisch auf einen Schlag ruiniert, und noch bis in unsere Tage wirkt die Inflationsfurcht wegen dieser wirtschaftlichen Katastrophen wie ein Trauma im kollektiven deutschen Gedächtnis nach.

Angesichts der von Ludwig Erhard begründeten, von der Deutschen Bundesbank und – seit der Europäischen Währungsunion – auch von der Europäischen Zentralbank gestützten Stabilitätspolitik mag dies übertrieben erscheinen. Denn trotz steigender Staatsverschuldung konnte die Inflationsrate in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten in engen Grenzen gehalten werden.

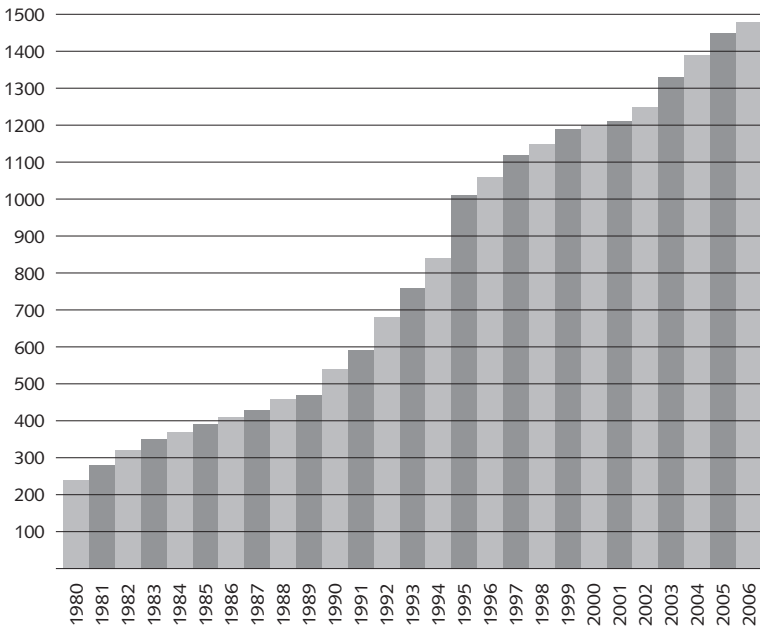
Abb. 1: **Jährliche Inflationsrate von 1991 bis 2007**

<b>1991</b>	1,6	<b>2000</b>	1,4
<b>1992</b>	5,1	<b>2001</b>	2,0
<b>1993</b>	4,4	<b>2002</b>	1,4
<b>1994</b>	2,7	<b>2003</b>	1,1
<b>1995</b>	1,7	<b>2004</b>	1,6
<b>1996</b>	1,5	<b>2005</b>	2,0
<b>1997</b>	1,9	<b>2006</b>	1,7
<b>1998</b>	0,9	<b>2007</b>	2,2
<b>1999</b>	0,6		

Quelle: Statistisches Bundesamt, [www.destatis.de](http://www.destatis.de), Fachserie 17, Reihe 7.

Die politischen Väter der Europäischen Währungsunion, insbesondere Bundeskanzler Helmut Schmidt und der französische

Abb. 2: Der Anstieg der Verschuldung in Mrd. Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 5, 2007.

Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing, haben der Geldwertstabilität hohen Wert zugemessen und deswegen klare Grenzen für die Staatsverschuldung der nationalen Volkswirtschaften durchgesetzt, die sich in den Maastricht-Kriterien manifestiert haben.

Seit Beginn der Schuldenstatistik der Bundesrepublik im Jahre 1955 steigt die Staatsverschuldung in Deutschland zunächst recht gemächlich, zieht Mitte der 70er Jahre deutlich an, um nach dem Zusammenbruch der DDR und der Wiedervereinigung kräftig nach oben zu schnellen. Seit dem Jahre 2003 verstößt unser Land schon zum dritten Mal in Folge gegen die Maastricht-Kriterien der Europäischen Währungsunion,

wonach die staatlichen Schuldenbestände maximal 60% und die jährlichen Haushaltsdefizite auf 3% des nominalen Bruttoinlandprodukts zu begrenzen sind.

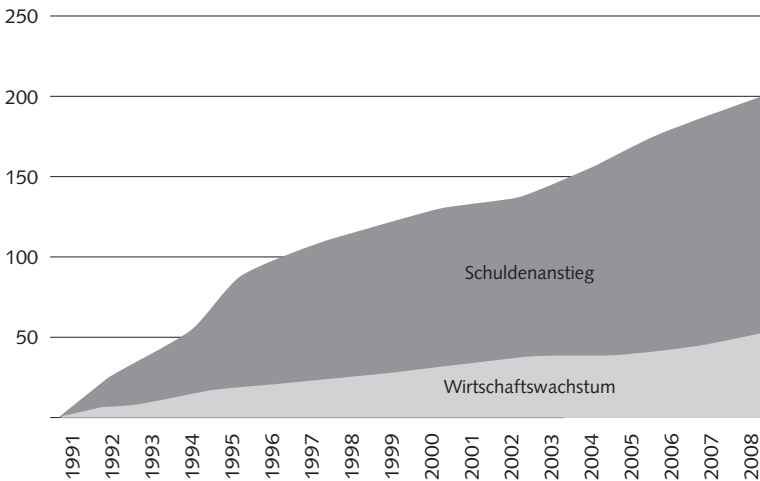
Die Gesamtverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden hat inzwischen eine astronomische Höhe erreicht. Die vorhergehende Grafik auf S. 11 veranschaulicht den rasanten Anstieg der Staatsverschuldung seit 1980.

Die Zeitreihen des Statistischen Bundesamts zur Verschuldung reichen bis 1955 zurück. In sämtlichen Jahren ist die Verschuldung immer nur gestiegen, und zwar von damals 21 Mrd. EUR auf heute rund 1480 Mrd. EUR. Nie wurde getilgt, immer nur umgeschuldet und immer wieder wurden neue Schulden aufgenommen. Insbesondere nach der Ölkrise und nach der Wiedervereinigung stiegen die Schulden auf bis dahin nicht gekannte Weise.

Zu allem Überfluss läuft die Staatsverschuldung auch dem Wirtschaftswachstum davon. Das Bruttoinlandsprodukt ist ab 1968 dokumentiert. Wie sich aus der nachfolgenden Grafik ergibt, ist es zwischen 1991 und 2006 um 51% gestiegen, die Gesamtverschuldung dagegen um 148% bis zum Jahre 2007.

Diese Entwicklung hat sich in dem wachstumsschwachen Zeitraum von 2001 bis 2006 weiter verschärft. 2007 brachte zwar – jahresbezogen – wegen der kräftigen Mehrwertsteuererhöhung und der gleichzeitig anziehenden Konjunktur eine Trendwende, denn die Gesamtverschuldung stagnierte, während die Wirtschaft deutlich um etwa 3% wuchs. Die tiefgreifende Bankenkrise hat jedoch in den USA schon rezessive Auswirkungen und droht auch, das Wirtschaftswachstum in Europa abzuwürgen. Gleichzeitig wird das vom Bundesfinanzminister angekündigte Ziel, 2010 oder 2011 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen,

Abb. 3: Die Schulden laufen dem Wirtschaftswachstum davon (in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2006, [www.destatis.de/indications](http://www.destatis.de/indications); und [www.vgrdl.de/Arbeitskreis\\_VGR/tab01.asp](http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/tab01.asp).

immer unrealistischer, angesichts zunehmender Begehrlichkeiten der Ressorts und höherer Personallasten wegen deutlich ansteigender Gehälter im öffentlichen Dienst.

Die Qualität der Neuverschuldung hat sich im Übrigen grundlegend verändert. Bis in die 80er Jahre hinein machte der Staat neue Schulden, um Straßen, Krankenhäuser, Altersheime zu bauen, eindeutig also für Investitionen. Heute macht er neue Schulden, um die Zins- und Tilgungslasten von alten Schulden zu bedienen. Die Entwicklung ist insgesamt unerfreulich und bedrohlich. Die Neuverschuldung dient praktisch nur noch der von ihr selbst erzeugten Zinslast.

Schon in ihrem Monatsbericht zum März 1997 stellt die Deutsche Bundesbank lapidar fest: »Da eine hohe Staatsverschuldung das Zinswachstum [...] ungünstig beeinflusst, kann es durch sich gegenseitig steigernde Wechselwirkungen zu

einem *circulus vitiosus* kommen«. Auf gut Deutsch meint sie damit einen Teufelskreis, eine unangenehme Situation, aus der man aus eigener Kraft nicht mehr herausfindet.

Auf jeden Einwohner der Bundesrepublik entfallen nach der aktuellen Statistik des Bundes der Steuerzahler nicht weniger als 18 400 Euro Staatsschulden. Schulden, so sagt der Volksmund zu Recht, sind treu, sie kleben fest, solange bis sie zurück gezahlt sind. Säumigkeit und Zahlungsunfähigkeit haben für Privatleute in der Regel sehr unangenehme Folgen: Die Gläubiger vollstrecken ins Privatvermögen bis zu den Pfändungsfreigrenzen, so dass nur noch die Mindestaufwendungen für den Lebensunterhalt gedeckt sind. Oder es kommt zum Privatkonkurs, der zwar Wege aus der Schuldenfalle eröffnet, aber ebenso schmerzhaft Auswirkungen zeigt.

Die Verschuldung privater Unternehmen, von Vereinen und sonstigen öffentlichen oder privaten Organisationen wird von den Bürgerinnen und Bürger im Allgemeinen wenig beachtet. Man kümmert sich grundsätzlich nicht um die Schulden anderer. Da kann es allerdings böse Überraschungen geben: Bei Unternehmenszusammenbrüchen kann man immerhin seinen Arbeitsplatz verlieren. Bei Misswirtschaft von Krankenkassen müssen die Versicherten letztlich die Zeche zahlen, und auch in Vereinen kann man als Verantwortlicher zur Rechenschaft gezogen werden. Auch der Bankencrash wird zum Teil den Steuerzahlern aufgeladen werden.

Für die eigenen Schulden haftet naturgemäß ein jeder Bürger selbst. Wie aber ist es mit der Staatsverschuldung? Die geht uns alle an, und zwar in zweierlei Hinsicht: Zum einen besteht latent die Gefahr der Steuererhöhung, wenn unsere Gebietskörperschaften Probleme haben, die Zins- und Tilgungsraten termingemäß zu bedienen. Der Bund wird von dieser Möglichkeit hemmungslos Gebrauch machen, wenn ihm das Wasser so-

zusagen bis zum Halse steht, etwa weil er von der Europäischen Kommission wegen Verletzung der Stabilitätskriterien mit deftigen Geldbußen bedroht wird. Aber wie steht es mit Ländern und Gemeinden?

Ersteren stehen neben den wenig ergiebigen Getränke- und Grunderwerbssteuern keine Gestaltungsmöglichkeiten in eigener Verantwortung zu Gebote, wobei ihnen allerdings nur die Einnahmen aus der Getränkesteuer für die eigene Kasse verbleiben. Der Aktionsradius der Kommunen ist mit der Grundsteuer und der Gewerbesteuer ebenfalls klar begrenzt.<sup>1</sup>

Immerhin hätten die Bundesländer bei solidarischem Zusammenhalt in der Vergangenheit durchaus steigende Ausgabenlasten vermeiden oder begrenzen können. Denn sie hatten es überwiegend in der Hand, Leistungsgesetzen oder dem gesetzlich verursachten Ausbau von Verwaltungen und öffentlichen Bürokratien die notwendige Zustimmung im Bundesrat zu verweigern. Aber nichts dergleichen ist geschehen.

Die in aller Regel parteipolitisch eingeforderte Solidarität, die Wahlversprechen oder politische Programmatik haben uns letztlich die heutige Situation beschert. Darauf wird noch zurückzukommen sein.

Die Gemeinden und die Gemeindeverbände sind in einer besonders misslichen Lage, denn sie haben keine Möglichkeit, sich gegen nachhaltig belastende Gesetze zur Wehr zu setzen, ganz gleichgültig, wie hoch auch immer die Folgekosten ausfallen. Man kommt nicht umhin, insoweit einen schwerwiegenden konstitutionellen Konstruktionsfehler zu konstatieren. Die Forderung der kommunalen Seite nach verbindlicher verfassungsrechtlicher Verankerung des Konnexitätsprinzips,

---

<sup>1</sup> Der Gesetzgebungskompetenz des Bundes unterliegen die Erbschaftssteuer, die Kraftfahrzeugsteuer und die Renn-, Wett- und Lotteriesteuer, deren Aufkommen den Ländern zufließt.